



Sieht so aus, als würde das Weiße Haus auch nach vier Jahren Trump noch stehen

FOTO: BRENDAN SMALOWSKI/AP/GETTY IMAGES

Zur Hälfte Frauen

USA Die Biden-Regierung soll der Biden-Wahlkoalition gerecht werden – ein Balanceakt

■ Konrad Ege

Warum nicht Bernie Sanders als Arbeitsminister? Definitiv keinen von der Wall Street im Finanzministerium! Im linken Spektrum der Demokraten sorgt man sich, der designierte US-Präsident werde vom „extremen Zentrum“ aus regieren und den Populismus den Trumpisten überlassen. Die Partei will die Mitte reflektieren, ohne genau zu wissen, wen sie damit vertritt. Manche der demokratischen Wähler haben mit der Forderung nach tiefgreifenden Veränderungen abgestimmt, andere vor allem, um Trump loszuwerden. Joe Biden besetzt in diesen Tagen sein Kabinett. Aus dem Parteiprogramm werden irgendwann Gesetzesvorlagen und Exekutivordern. Dann dürfte ersichtlich sein, was geschieht und auf welche Interessen er die meiste Rücksicht nimmt. Für erste Posten in seiner Administration sind Mitarbeiter aus dem Umfeld Barack Obamas gesetzt, etwa Antony Blinken, der designierte Außenminister, 2013 bis 2015 stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater, 2015 bis 2017 Stellvertreter von Außenminister John Kerry, der nun Sonderbeauftragter für den Klimaschutz wird. Ein Signal, so Kerry, dass die Klimakrise als „vordringliche Bedrohung der nationalen Sicherheit“ betrachtet wird.

Der Fluch der Vielfalt

In den Agency Review Teams, den Arbeitsgruppen, die das Team Biden auf die Führung von Ministerien vorbereiten, sitzt eine bunte Mischung: Umweltschützer, viele Rechtsanwälte, Gewerkschafter, Akademiker, Thinktanks, Industrievertreter – zur Hälfte Frauen. Das sieht ganz anders aus als bei Trump und seinen weißen Männern. Leitbranchen sind präsent mit Gesandten von Amazon, In-Q-Tel und Uber.

Jedenfalls zeigen die Vorbereitungen auf den Tag nach der Amtseinführung am 20. Januar: Für die Demokraten und die Biden-Koalition ist das Regieren komplex. Die Republikaner unter Trump waren als weiße und rechts-christliche Partei schnell vereinigt. Bei den Demokraten verlaufen die Konfliktlinien durch die Partei. Ihre Kernorte sind die Städte, mit einer Mischung aus jungen Menschen, Afroamerikanern und Latinos. Ein links orientiertes Publikum, viele engagiert und fortschrittlich bei so-

ziokulturellen Fragen von Transgender-Rechten bis zum Umgang mit Polizeibrutalität. Doch handelt es sich um kein homogenes Lager. Bei der Wahl 2020 konnte man erahnen, dass die demokratische Hoffnung, der demografische Wandel – die Weißen werden weniger, alle anderen mehr – werde der Partei zur Macht verhelfen, nicht „automatisch“ funktioniert. Hinter dem Konzept „People of Color“ stecken in Wirklichkeit unterschiedliche Erfahrungen. Der Begriff Latino ist genauso unspezifisch wie Europäer. Die Demokraten waren schockiert über die vielen Latino-Stimmen für Trump.

Die Städte haben demokratisch gewählt. Im sozialdemokratischen Magazin *In these Times* heißt es, Biden verdanke seinen Wahlsieg den Linken; es sei deren Organisationstalent vor Ort zuzuschreiben, dass so viele neue Wähler den Ausschlag für Biden gegeben hätten. Doch die Daten sind nicht schlüssig: Bedeutend waren auch Stimmen aus den Vorstädten, ehemals republikanisches Territorium. Biden hat offenbar auch bei Weißen ohne höheren Schulabschluss und bei weißen Senioren nicht ganz so schlecht abgeschnitten wie Hillary Clinton.

Die Corona-Pandemie ist nun das dringlichste Anliegen mit täglichen Neuinfektionen um die 200.000 und Todeszahlen bis zu 2.000. Im Kongress stocken demokratische Anläufe für ein neues Hilfspaket. Im März hatten beide Kammern mit Donald Trumps Unterschrift ein Zwei-Billionen-Dollar-Paket beschlossen. Möglicherweise hat diese Linderung dazu beigetragen, dass die Wähler Trump keinen größeren Denktzettel ausgestellt haben. Die darin vorgesehenen zeitlich begrenzten Zuwendungen laufen aus, sodass Arbeitslosen das Geld ausgeht und Mietern Zwangsraumdung droht. Die Immobilienfirma der Familie von Präsidentenberater Jared Kushner hat laut *Washington Post* Hunderten von Mietern Kündigungsnot geschickt. Es mag verwerfen klingen, aber das Ende der Pandemie ist

Die Regierung kann aus der Pandemie heraus die US-Wirtschaft umbauen

wohl in Sicht. Der Impfstoff kommt. Es wird nicht alles sofort besser. Die Masken und das Abstandhalten werden noch eine Zeit bleiben. Doch Biden wird vom Impfstoff profitieren. Die Regierung kann aus der Pandemie heraus die Wirtschaft umbauen.

Und auch diese Frage kommt auf den designierten Präsidenten zu: Soll Trump auf dem Rechtsweg zur Rechenschaft gezogen werden? Wenn ja, wie? Sollen Ermittlungen zu seinen Geschäftspraktiken vor und während der Zeit im Weißen Haus anlaufen? Trumps Anwalt Michael Cohen war 2018 wegen Steuerbetrugs im Zusammenhang mit Schweigegeld zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Laut Staatsanwaltschaft handelte er „in Koordination mit und auf Anweisung von Individual 1“ – dem Präsidenten.

Obamas Schatten

Biden hält anscheinend nicht viel von Ermittlungen. Es wäre „sehr ungewöhnlich und vermutlich... nicht sehr gut für die Demokratie“, über strafrechtliche Verfolgungen ehemaliger Präsidenten zu sprechen, hat Biden im August bei einem Interview gesagt. Eliten kommen in den USA gewöhnlich davon. Barack Obama hat sich nicht mit der Folter unter der Regierung von George W. Bush befassen wollen: Er wollte nach vorn blicken. Der Ex-Präsident hat – inmitten der Debatte um die Zukunft – seine Autobiografie *A Promised Land* vorgelegt (*Lesen Sie Seite 28*) und war mit Exklusivinterviews auf Promotour zwischen Markus Lanz und Oprah Winfrey. Es tat der bildungsbürgerlichen Seele gut, Sätze zu lesen mit mehr Gewicht als bei Trumps Meetings üblich.

Obama wirft einen Schatten auf Biden. Er glaubt an das gelobte Land, die Besonderheit der USA, der man noch nicht gerecht werde. Seine Politik stand für Realismus in den Farben der USA. Er hat dies im Gespräch mit dem Magazin *The Atlantic* erläutert. Bei Kompromissen habe er seine Mitarbeiter gefragt: Wir kriegen nicht alles, aber ist das hier besser? Und wenn ja, dann sei das Bessere gut. „Besser“ sei nicht grundsätzlich schlecht. Donald Trump heizt Verwirrung an und klammert sich ans Amt mit Lügen. Es geht ihm um die Marke Trump, die Delegitimierung von Biden und die Festigung einer trumpistisch-rechten Bewegung. Abgeordnete, Senatoren und Millionen Trump-Wähler, die nicht an Bidens Sieg „glauben“ wollen, haben kein Interesse an Kompromissen. Sie nur auf „Besseres“ zu verlassen, genügt da wohl nicht.

Raus aus Afghanistan!

Militär Trump holt US-Truppen nach Hause. Das setzt andere unter Druck – dennoch ist die Entscheidung richtig

■ Hans-Georg Ehrhart

Zu guter Letzt will Donald Trump noch schnell die US-Truppen in Afghanistan signifikant reduzieren. Bis zum 15. Januar sollen 2.000 Soldaten abziehen, sodass ein Restkontingent von lediglich 2.500 verbleibe. Das gehört sich zwar nicht für einen abgewählten Präsidenten, aber den stört das nicht.

Auch der Umstand, dass es noch keine Übereinkunft zwischen Kabul und den Taliban gibt, ist für ihn kein Hindernis. Die Entscheidung hat sowohl in den USA als auch in der NATO für Entsetzen gesorgt. Ohne die besonderen Fähigkeiten der Amerikaner wäre der ganze NATO-Einsatz nicht mehr tragbar. Immerhin sind noch 12.000 NATO-Soldaten im Land. Deutschland müsste sich schleunigst darum kümmern, seine 4.500 Einsatzkräfte heimzuholen.

Drei Gründe erklären, was Trump will. Erstens erfüllt er damit sein Wahlversprechen. Der Truppenabbau in Afghanistan (und im Irak) läuft seit einiger Zeit. Letzter großer Schritt war die Reduzierung am Hindukusch von 9.000 auf 4.500 Soldaten. Bereits Barack Obama hatte vergeblich versucht, die Kriege in Afghanistan und im Irak zu beenden. Die Hinhaltetaktik der Interventionsbefürworter, besonders aus dem Sicherheitsapparat und Kongress, sowie eigene Unentschlossenheit verhinderten das Vorhaben. Trump wird nun ebenfalls den von ihm bereits 2011 geforderten völligen Abzug nicht schaffen, sich dem jedoch annähern. Zweitens entspricht sein Entschluss der militärstrategischen Umorientierung der USA. Nicht der Kampf gegen den Terrorismus und gegen Aufständische oder gar Stabilisierungsoperationen stehen im Vordergrund, sondern die Konkurrenz mit anderen Großmächten, besonders mit China. Laut Verteidigungsstrategie von 2018 sind sowohl der globale Führungsanspruch der USA als auch ihre militärische Überlegenheit bedroht. Man brauche daher eine Armee, „die tödlicher, widerstandsfähiger und innovationsfreudiger“ ist.

Drittens will Trump das Land aus Kriegen herausziehen, die kein Ende finden und enorme Risiken bergen. Der fast 20 Jahre dauernde Afghanistankrieg ist der

längste in der US-Geschichte. Er kostete bislang 3.600 US-Soldaten das Leben, mehr als 20.000 wurden verwundet. Die Gesamtzahl aller Opfer liegt über 150.000, was Trump weniger interessieren dürfte. Die Kosten für das US-Engagement allein in Afghanistan beliefen sich von 2001 bis Ende 2019 auf satte zwei Billionen Dollar. Mit welchem Erfolg? Keine gute Regierungsführung in Kabul, unzuverlässige Sicherheitskräfte, widerstandsfähige Taliban, neue Terrorfilialen von al-Qaida und IS.

Die Kritiker von Trumps Entscheidung fragen zu Recht: Was wird aus Afghanistan? Werden die Taliban die Macht übernehmen? Die ehrliche Antwort ist: Das kann keiner wissen. Natürlich sollte die internationale Gemeinschaft politisch engagiert bleiben. Nicht zuletzt die Nachbarländer China, Russland, Iran, Pakistan und Indien sind gefragt. Zur Wahrheit gehört auch, dass 20 Jahre der Intervention den Konflikt nicht lösen konnten.

Gewalt als Norm

In der US-amerikanischen „Strategic Community“ – und nicht nur dort – existiert eine Denkschule, die davon ausgeht, dass es angesichts der heutigen Art der Kriegführung nicht mehr möglich ist, klar zwischen Krieg und Frieden zu unterscheiden. Demnach sind künftig internationale Konflikte und die Anwendung von Gewalt die Norm, nicht der Frieden. Darum müsste man Regeln aufstellen, die dieser Herausforderung angemessen seien.

Auch die Bundesregierung geht von einer Verwischung der Grenzen zwischen Krieg und Frieden durch „hybride Kriegführung“ aus. Das Problem dieser Sichtweise ist allerdings, dass wir uns dann in einem permanenten Konflikt- oder Kriegszustand wähen müssten, der mal kalt und mal heiß ist. Und das in einer Zeit, in der globale Bedrohungen durch Pandemien, Klimawandel und atomares Wettrüsten unserer vollen Aufmerksamkeit bedürfen.

Trump hat sicherlich in vielem unrecht. Dazu zählt der von ihm forcierte Ansatz „Frieden durch Stärke“, der nichts anderes heißt als „Frieden durch Überlegenheit“. Doch seine Entscheidung, nicht enden wollende Militäreinsätze wie den in Afghanistan abzuschließen, ist richtig. Die deutsche Regierung sollte ihm folgen.

ANZEIGE

ANZEIGE



der Freitag digital als EPaper

Unser Jubiläumsangebot für Print-Abonnent*innen:

Jetzt 30 Tage gratis das neue EPaper testen!

Für alle, die auch digital das klassische Design einer gedruckten Zeitung schätzen, gibt es den **Freitag digital jetzt neu auch als EPaper-App für Smartphone und Tablet**. So bleiben Sie auch mobil immer bestens informiert.



30 Tage freien Zugriff auf den Freitag digital



Unsere Freitag-Tasse als Dankeschön, wenn Sie weiterlesen



Gewinnchance auf ein Fahrrad von Diamant

F freitag.de/30Tage
Tel.: 040 3007-3510

der Freitag
Die Wochenzeitung